



- Der Präsident -

Bundesnetzagentur • Postfach 80 01 • 53105 Bonn

Herrn
Ingbert Liebing MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
16.01.2015

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
BK 3

☎ (02 28)

14-
oder 14-0

Bonn
01.04.2015

Breitbandausbau

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16.01.2015. Darin sprechen Sie vor dem Hintergrund eines Strategiewechsels der Telekom Deutschland GmbH (Telekom) beim Breitbandausbau in Ihrem Wahlkreis mögliche Fehlentwicklungen an, die bei einer Doppelerschließung breitbandig bisher nicht versorgter oder unterversorgter Gebiete entstehen können.

Meinem Haus sind in der letzten Zeit wiederholt Fälle vorgetragen worden, in denen geförderte oder, wie in dem von Ihnen geschilderten Fall, vollständig eigenfinanzierte regionale Breitbanderschließungen durch zunächst nicht beabsichtigte Ausbauaktivitäten anderer Unternehmen teilweise überbaut werden mit der Folge, dass sie sich insgesamt nicht mehr rechnen.

Wird bei einem regionalen Ausbauprojekt bekannt, dass die lukrativeren Bereiche dieses Ausbaugesbietes nicht mehr betriebswirtschaftlich vernünftig erschließbar sind, weil sich ein anderes Unternehmen diese besten "Rosinen" bereits herausgepickt hat oder beabsichtigt, dort ebenfalls auszubauen, kann dies in der Tat maßgebliche Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit der Erschließung der verbleibenden Bereiche haben und

...

damit den Breitbandausbau im Ausbaugebiet insgesamt gefährden. Die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus und des Betriebs eines Breitbandnetzes hängt häufig von der Gesamtheit des erschließbaren Gebietes ab, indem die lukrativeren Bereiche die weniger lukrativen mittragen.

Auf der Grundlage der telekommunikationsrechtlichen Regelungen über die Markt- bzw. Zugangsregulierung, die ihrerseits auf europarechtlichen Vorgaben gründen, kann mein Haus gegenwärtig allerdings nicht ohne weiteres verbindliche Vorgaben für die Lösung einzelner Konfliktfälle im Falle einer Doppelschließung machen. Hierfür fehlt es an einer rechtlichen Handhabe. Es sind keine objektiven oder nur annähernd objektivierbaren Kriterien ersichtlich, anhand derer in solchen Fällen einem Unternehmen der Vorrang für seinen Ausbau und seine Investitionen gegenüber einem anderen gegeben werden könnte. Darüber hinaus sind auch kartellrechtliche Schranken zu beachten.

Unabhängig davon ist es meines Erachtens jedoch nur schwer nachvollziehbar, wenn einzelne Marktakteure einerseits die hohen Kosten des Breitbandausbaus beklagen und daher für einen flächendeckenden Ausbau staatliche Unterstützung fordern, andererseits aber offenbar genug Geld dafür vorhanden ist, punktuell einen doppelten Breitbandausbau zu finanzieren.

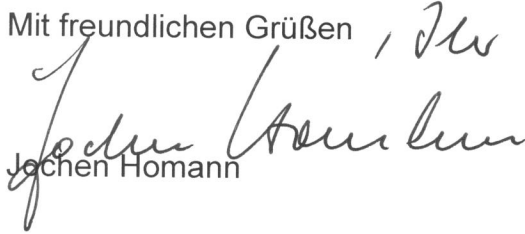
Mit Blick auf die Kosten eines flächendeckenden Breitbandausbaus sollten die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel effizient eingesetzt werden. Es ist aus meiner Sicht problematisch, dass durch ein solches Vorgehen, das in erster Linie den einseitigen Unternehmensinteressen dient, eigenfinanzierte Ausbauprojekte konterkariert werden bzw. öffentliche Mittel nicht die gewünschte Wirkung eines flächendeckenden Breitbandausbaus entfalten können oder der Förderaufwand unter Umständen sogar noch höher getrieben wird.

Ein solches punktuelles Herauspicken nur der wirtschaftlichsten Ausbaugebiete schadet darüber hinaus auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den übrigen Bereichen, die dann gegebenenfalls noch länger auf ihren Breitbandanschluss warten müssen, weil er sich wirtschaftlich noch schlechter realisieren lässt, wenn die attraktiven Gebiete einmal weg sind.

Um im Fall von staatlich gefördertem Breitbandausbau im Interesse des Steuerzahlers eine effiziente Mittelverwendung sicherzustellen, könnte meines Erachtens darauf hingewirkt werden, dass die Angaben der Unternehmen etwa in Markterkundungsverfahren, die im Vorfeld von Beihilfegewährungen durchzuführen sind, einen größeren Ver-

bindlichkeitscharakter erhalten. Nachzudenken wäre beispielsweise darüber, ob ein Unternehmen an seine Angaben im Markterkundungsverfahren, nämlich ein bestimmtes Gebiet absehbar nicht breitbandig ausbauen zu wollen, für eine bestimmte Dauer gebunden sein sollte und folglich keinen Breitbandausbau vornehmen dürfte, wenn im Rahmen des geförderten Ausbaus ein anderes Unternehmen zum Zuge kommt. Damit würde ein punktueller Ausbau nur der lukrativsten Gebiete bei der Breitbanderschließung erschwert. Hier sind aber in erster Linie die Fördergeber gefordert.

Mit freundlichen Grüßen


Jochen Homann